

**Stadtbürgerschaft****21. Wahlperiode****Drucksache 21/829 S**

10. Juni 2026

**Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU****Überseestadt schützen – Poser ausbremsen, Raser konsequent stoppen**

Bremen ist eine Stadt der Freiheit, aber Freiheit endet dort, wo andere Menschen gefährdet, eingeschüchtert oder Nacht für Nacht um ihre Ruhe gebracht werden. In der Überseestadt zeigt sich seit Jahren, dass illegale Rennen, Autoposing, aufheulende Motoren, unnötiges Beschleunigen, manipulierte Fahrzeuge und rücksichtsloses Fahrverhalten kein Randphänomen mehr sind. Für Anwohner bedeutet dies Lärm, Schlaflosigkeit, Unsicherheit und eine spürbare Einschränkung ihrer Lebensqualität. Für die Menschen auf den Straßen Bremens entsteht zusätzlich ein reales Sicherheitsrisiko.

Die bisherigen Maßnahmen haben punktuell Wirkung gezeigt, reichen aber offenkundig nicht aus, um die Szene dauerhaft zurückzudrängen. Die Überseestadt darf nicht länger zum Schaufenster für Rücksichtslosigkeit auf vier Rädern werden. Wer Straßen und Plätze zur Bühne für gefährliche Fahrmanöver macht, muss mit konsequentem Einschreiten des Staates rechnen. Bremen braucht deshalb ein dauerhaftes, abgestimmtes und sichtbares Vorgehen gegen die Raser- und Poserszene mit klarer Polizeipräsenz und der konsequenten Ausschöpfung der rechtlichen Möglichkeiten.

Die Überseestadt steht beispielhaft für ein Problem, das viele Bürgerinnen und Bürger in Bremen seit Jahren erleben: Öffentliche Straßen und Plätze werden in den Abend- und Nachtstunden immer wieder von Teilen der Poser-, Raser- und Tuningszene zweckentfremdet. Die hochmotorisierten Fahrzeuge werden mit unnötigem Beschleunigen und von lauter Musik begleitet. Überhöhte Geschwindigkeiten und riskante Fahrmanöver belasten die Anwohner massiv und gefährden die Sicherheit im öffentlichen Raum.

Zu den bislang ergriffenen einzelne Maßnahmen gehören Tempo-30-Regelungen, Berliner Kissen, Poller, Sperrungen und verstärkte Polizeikontrollen. Die anhaltenden Beschwerden zeigen jedoch, dass dieses punktuelle Vorgehen nicht ausreicht. Nötig ist ein dauerhafter Ansatz, der sichtbare Kontrolle, technische Expertise, Verkehrslenkung und konsequente Sanktionierung miteinander verbindet.

Andere Städte zeigen, dass entschlossenes Handeln möglich ist. Spezialisierte Einheiten, technische Fahrzeugkontrollen, Schwerpunktaktionen, behördenübergreifende Konzepte und die konsequente Stilllegung manipulierter Fahrzeuge erhöhen den Druck auf die Szene und stärken das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung. Bremen sollte diese Erfahrungen systematisch auswerten und auf die eigenen Hotspots übertragen.

Die große Mehrheit der Autofahrer in Bremen hält sich an Regeln und darf nicht unter Generalverdacht gestellt werden. Der Staat muss aber dort entschieden handeln, wo einzelne Personen öffentliche Straßen zur Rennstrecke machen, Anwohner terrorisieren und andere Verkehrsteilnehmer gefährden. Die Menschen in Bremen haben ein Recht auf Sicherheit, Nachtruhe und Lebensqualität.

**Beschlussempfehlung:**

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. die „Sonderkommission Poser“ der Polizei Bremen gegen Raser, Autoposer und illegale Tuningfahrzeuge zu reaktivieren;
2. ein behördenübergreifendes Handlungskonzept gegen die Poser-, Raser- und illegale Tuningszene vorzulegen, das Polizei, Ordnungsbehörden, Verkehrsressort, Stadtplanung, Staatsanwaltschaft und Beiräte verbindlich zusammenführt, erfolgreiche Modelle anderer Städte auswertet und jährlich über Kontrollen, Verstöße, Sicherstellungen, Beschwerden und Wirksamkeit der Maßnahmen in der Deputation für Inneres und Mobilität, Bau und Stadtentwicklung berichtet;
3. für die Belastungsschwerpunkte in Bremen wie bspw. die Überseestadt, die Innenstadt und das Viertel einen verbindlichen Kontrollplan vorzulegen, der insbesondere Abend-, Nacht-, Wochenend- und Feiertagseinsätze umfasst;
4. mobile Geschwindigkeits- und Lärmmessungen deutlich auszuweiten und dabei moderne Mess- und Überwachungstechnik, Enforcement-Trailer, Videowagen sowie lageangepasste mobile Kontrollen einzusetzen;
5. gemeinsam mit dem Amt für Straßen und Verkehr, den Beiräten, Polizei, Feuerwehr, ÖPNV und Anwohnerschaft ein dauerhaftes verkehrslenkendes Maßnahmenpaket für die Überseestadt zu erarbeiten, das Zufahrtssteuerung, temporäre Sperrungen, bauliche Elemente, Poller, Durchfahrtsbeschränkungen, Parkraumregelungen und Maßnahmen zur Verhinderung von Rundkursen prüft;
6. technische Fahrzeugkontrollen gegen manipulierte, verkehrsunsichere oder unzulässig laute Fahrzeuge zu intensivieren und Fahrzeuge bei erheblichen Mängeln konsequent sicherzustellen, stillzulegen oder einer sachverständigen Begutachtung zuzuführen;
7. sich auf Bundesebene für schärfere und praxistaugliche Rechtsgrundlagen gegen extreme Raserei, illegale Rennen und gemeingefährliches Autoposing einzusetzen, insbesondere für eine effektivere Einziehung und Sicherstellung von Tatfahrzeugen, längere

Fahrerlaubnissperren bei besonders schweren Fällen sowie eine klare Erfassung wiederholten aggressiven Beschleunigens, Driftens und unnützen Hin- und Herfahrens als sanktionswürdiges Gefährdungs- und Belästigungsverhalten.

Heiko Strohmann, Marco Lübke, Michael Jonitz, Kerstin Eckardt, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU

**Anlage(n):**

- keine